

Es geht wieder los!

Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ geplant

Zwischen Bayern und Thüringen liegen Welten – jedenfalls in Sachen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. Während in Bayern in den vergangenen zehn Jahren 1.380 Bürgerbegehren gestartet wurden, sind es in Thüringen gerade zwei Dutzend. In einer bayerischen Kommune kommt es alle 16 Jahre zu einem Bürgerbegehren, in einer Thüringer alle 500 Jahre. Woran liegt das? In Thüringen sind die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ungleich höher als in Bayern. Bayern ist Spitzenreiter unter den Bundesländern, Thüringen Schlusslicht.

Die meisten der ohnehin wenigen Bürgerbegehren in Thüringen scheitern bereits im Antragsstadium. Bürgerbegehren zu Bauleitplanungen – nicht zulässig; Bürgerbegehren zu Vermögensfragen – nicht zulässig; Bürgerbegehren zu Abgaben – nicht zulässig; Bürgerbegehren zu Satzungen – nicht zulässig. Zudem ist die Unterschriftenhürde für Bürgerbegehren unerschämmt hoch – die höchste in Deutschland. Je nach Gemeindegröße müssen 13 bis 17 Prozent der Stimmberechtigten für ein erfolgreiches Bürgerbegehren unterschreiben, in Bayern nur 5 bis 10 Prozent. So müssen etwa in Bad Liebenstein 17 Prozent der Stimmberechtigten unterschreiben. Läge der Ort in Bayern, wären es nur 10 Prozent. In Weimar sind es 13 Prozent, in einer vergleichbaren bayerischen Stadt nur 6 Prozent, in Erfurt ebenfalls 13 Prozent, unter bayerischen Voraussetzungen 5 Prozent.

Der Reformstau in Thüringen ist offensichtlich. Mit einem Volksbegehren will das Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtern. Bürgerbegehren sollen auch zugelassen werden über kommunale

Bauleitplanungen, Kreditaufnahmen, Satzungen und auch über Abgaben, nicht aber über deren Einführung oder Abschaffung. Auch auf der Ebene des Landkreises sollen Bürgerbegehren möglich sein. Die Hürden für Bürgerbegehren sollen auf 7 Prozent gesenkt werden. Reformiert werden soll auch der bisherige Bürgerantrag, mit dem der Gemeinderat mit einem Thema befasst werden kann. Hier schlägt das Mehr Demokratie-Bündnis einen Einwohnerantrag vor: Maximal 300 Unterschriften sollen genügen; auch Jugendliche ab 14 Jahren sowie ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen unterschreiben können.

Nach den Plänen des Bündnisses soll die Unterschriftensammlung für den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens Anfang September starten. 5.000 Unterschriften müssen innerhalb von sechs Wochen für einen erfolgreichen Antrag gesammelt werden. Die „große“ Sammlung, bei der in vier Monaten mehr als 200.000 Unterschriften zusammenkommen müssen, ist für Frühjahr 2008 vorgesehen. Zunächst hatte das Bündnis gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen im Landtag versucht, die Bürgerbegehren mit einer parlamentarischen Initiative zu reformieren. Aber der Gesetzentwurf ist an der CDU-Mehrheit im Landtag gescheitert. Die CDU sieht keinerlei Änderungsbedarf in Sachen direkter Demokratie. 20 Organisationen gehören zu dem seit 1998 bestehenden Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen, so auch das KOPOFOR Thüringen. Im Jahr 2000 hat das Bündnis schon einmal ein Volksbegehren durchgezogen und damals fast 400.000 Unterschriften für die Reform von Volksbegehren gesammelt. Tatsächlich hat im Nachgang zu dem Volksbegehren der Landtag 2003 die Verfassung geändert und Volksbegehren erleichtert.

Die nächste Bildungs- und Diskussionsveranstaltung des KOPOFOR Thüringen:

**Sonnabend, dem 21. April
im Hotel „Bergfried“**

Zum Fuchsturm 5, in 07318 Saalfeld

Beginn: 9.30 Uhr, Ende der Veranstaltung gegen 15.30 Uhr

Thema: Demografischer Wandel in Europa – kommunale und regionale Strategien

Die Veranstaltung wird von Gabi Zimmer, Mitglied des Europäischen Parlaments und deren Europabüro in Weimar unterstützt.

Nähere Informationen gibt es in der Geschäftsstelle des KOPOFOR Thüringen.

Im Blickpunkt: Stadt des Friedens

Wege zur „Stadt des Friedens“

1. Der Weltfriedensrat verleiht diesen Titel (z. B. 1979 an die Stadt Berlin).
2. per Entschließung/Erklärung des Bürgermeisters/Gemeindevorstandes
3. auf Antrag von Friedens-, Menschenrechts- oder Umweltgruppen
4. durch Stadtrats-/Gemeinderatsbeschluss

Gründe „Stadt des Friedens“ zu werden

- Städte, die Kriegen ausgesetzt waren oder Friedensabschlüsse erzielten, z. B. Nürnberg, Kabul;
- Städte, die sich Umweltfragen/Verträgen widmen, so z. B. Kyoto;
- Städte, die sich dem christlichen Friedensgedanken verbunden fühlen, wie z. B. Taizé, Augsburg, Assisi;
- Städte, die die Weltfriedensbewegung gefördert haben, z. B. Paris, Den Haag, Prag;
- Städte, die sich der Friedensarbeit widmen, z. B. Rot-Kreuz- und Kongress-Stadt Genf;

• Städte, die unter Vernichtung der Urbevölkerung, Ungerechtigkeit, Gewalt und Terror litten, z. B. Machu, Picco, Bethlehem/Israel, Auschwitz/Polen;

• Städte, die sich der Kultur des Friedens widmen, z. B. Frankfurt/Main.

Deutsche Städte des Friedens:

Aachen, Augsburg, Bergen/Celle, Berlin, Bochum, Chemnitz, Dargun, Dresden, Erfurt, Grimma, Güstrow, Halle, Hannover, Kiel, Lauscha, Lübeck, Marburg, München, Nordhausen, Nürnberg, Oberhausen, Osnabrück, Regensburg, Rostock, Schönebeck, Seelow, Stuttgart, Suhl, Wernigerode und Würzburg.

Aktuelles aus Erfurt

Seit 1991 trägt die Stadt Erfurt den selbstgewählten Titel „Stadt des Friedens“. Dem Beispiel anderer Städte folgend wurde auf Antrag der Fraktion die Linke.PDS im Erfurter Stadtrat der Oberbürgermeister beauftragt, ein Konzept zur besseren Darstellung dieses Ehrentitels zu erarbeiten.

Ja, ich möchte für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ Unterschriften sammeln, und zwar

zirka Unterschriften bei der Antragsammlung (September 2007)

zirka Unterschriften bei der „großen“ Sammlung (Frühjahr 2008)

Name:	Vorname:
Straße:	PLZ, Wohnort:
Telefon:	Telefax:
E-Mail:	<input type="checkbox"/> Bitte senden Sie mir den kostenlosen e-Mail-Newsletter von Mehr Demokratie, damit ich auf dem Laufenden bleibe.

Sie wollen weitere Informationen zu unseren Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
Topfmarkt 4
98693 Ilmenau

Telefon: 03677/2096967
Fax: 03677/2081920
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: http://www.kopofor-thuer.de

Das Formular, mit dem man sich als Unterschriftensammlerin und -sammler melden kann, ist nebenstehend abgedruckt. Kleben Sie das ausgefüllte Formular bitte auf eine Postkarte und schicken Sie diese an das KOPOFOR.